

PRESSEMITTEILUNG

20. September 2007

Nord Stream nimmt Entscheidung der estnischen Regierung zur Kenntnis

Zug, 20. September 2007. Zur heutigen Entscheidung der estnischen Regierung über die Untersuchungsgenehmigung erklärt Nord Stream Folgendes:

Nord Stream nimmt die Entscheidung der estnischen Regierung zur Kenntnis. Vor einer weiteren Bewertung ist eine sorgfältige Prüfung der Entscheidung erforderlich.

Im Rahmen der internationalen Konsultationen gemäß der Espoo-Konvention hatte Finnland gebeten zu untersuchen, ob eine Route weiter südlich im Golf von Finnland die Auswirkungen auf die Umwelt verringert. Mit der beantragten Untersuchung in Estland kam Nord Stream diesem Wunsch nach.

Nord Stream ist von großer Bedeutung für die nachhaltige Versorgung Europas mit dem emissionsarmen Energieträger Erdgas und wird von der Europäischen Union als ein vorrangiges Vorhaben von europäischem Interesse eingestuft. Die Nord Stream AG wird mit den Ostseeanrainerstaaten weiter daran arbeiten, höchstmögliche Sicherheits- und Umweltstandards beim Bau der Pipeline zu gewährleisten.

Hinweis für Journalisten:

Nord Stream ist eine Erdgaspipeline, die Russland und die Europäische Union durch die Ostsee verbindet. Der Bedarf an Erdgasimporten in die Europäische Union, im Jahr 2005 336 Milliarden Kubikmeter, wird bis zum Jahr 2015 um 200 Milliarden Kubikmeter auf 536 Milliarden Kubikmeter wachsen (Quelle: Global Insight, 2007). Durch die Verbindung der größten Gasreserven der Welt mit dem europäischen Gasleitungsnetz wird Nord Stream etwa 25 Prozent des zusätzlichen Gasimportbedarfs der Europäischen Union decken können. Das Projekt wird ein bedeutender Beitrag zur langfristigen Sicherung der Gaslieferungen und ein Prüfstein für die Energiepartnerschaft zwischen der Europäischen Union und Russland sein.

Die Pipeline mit einer Gesamtlänge von über 1.200 Kilometern wird 2010 zunächst mit einer jährlichen Kapazität von etwa 27,5 Mrd. Kubikmetern in Betrieb gehen. In der zweiten Phase wird die Transportkapazität mit einem weiteren Leitungsstrang auf rund 55 Mrd. Kubikmeter pro Jahr verdoppelt.

Als grenzüberschreitendes Projekt unterliegt Nord Stream internationalen Abkommen sowie den nationalen Rechtsvorschriften der Länder, durch die die Trasse verläuft. Es sind Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) in grenzüberschreitendem Zusammenhang gemäß der Espoo-Konvention und den nationalen Gesetzesvorgaben durchzuführen. Zur Vorbereitung des Genehmigungsverfahrens wurde der Erhebungs- und Informationsbedarf mit den Behörden und Organisationen der Ostseeanrainerstaaten abgestimmt. Mit der

Notifizierung informierten die zu den Ursprungsparteien gehörenden Länder im November 2006 die Ostseeanrainerstaaten offiziell über das geplante Bauvorhaben.

Die Espoo-Konvention regelt die Verpflichtung von Parteien, die Umweltauswirkungen bestimmter Vorhaben in einem frühen Planungsstadium zu untersuchen. Darüber hinaus verpflichtet sie Staaten zur gegenseitigen Notifizierung und Konsultation über alle geplanten Projekte, von denen anzunehmen ist, dass sie wesentliche Umweltauswirkungen über nationale Grenzen hinweg haben werden. Die Espoo-Konvention wurde am 25. Februar 1991 im finnischen Espoo zur Unterzeichnung aufgelegt und trat am 10. September 1997 in Kraft. Nord Stream hat das Konsultationsverfahren gemäß der Espoo-Konvention mit der Notifizierung des Projektes im November 2006 begonnen.

Im Rahmen der an die Notifizierung anschließenden Konsultationen hat die Nord Stream AG 129 Stellungnahmen zum Projekt von Behörden, Verbänden, Vereinen und Privatpersonen aller betroffenen Staaten erhalten. In dieser mittlerweile abgeschlossenen ersten Phase des Konsultationsprozesses nahm Nord Stream zudem an 22 öffentlichen Anhörungen und zahlreichen Treffen in den beteiligten Ländern teil.

Die abgegebenen Stellungnahmen konzentrierten sich auf Schlüsselthemen wie mögliche ökologische Auswirkungen auf den Meeresboden und auf die gewerbliche Fischerei sowie die Risiken von versenkten Munitionsaltlasten – Aspekte, mit denen sich das Unternehmen und seine Anteilseigner bereits seit einigen Jahren im Rahmen von Untersuchungen beschäftigen. Auf der Basis dieser Stellungnahmen hat die Nord Stream AG im April 2007 beschlossen, zusätzliche Studien in Gebieten durchführen, in denen die Pipelinroute in geeigneter Weise im Sinne des Umweltschutzes weiter optimiert werden kann. Das Unternehmen prüft alle Stellungnahmen sorgfältig und ist beim Bau der Pipeline bestrebt, die Umweltauswirkungen so gering wie möglich zu halten. Die Stellungnahmen werden in die abschließenden Arbeiten am Umweltbericht Eingang finden, der in 2007 den Behörden übergeben und auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Die **Nord Stream AG** ist ein internationales Joint Venture, das zur Planung, zum Bau und anschließenden Betrieb der neuen Ostsee-Pipeline gegründet wurde. Gazprom ist mit 51 Prozent an dem Gemeinschaftsprojekt beteiligt, Wintershall und E.ON Ruhrgas mit je 24,5 Prozent.

Weitere Informationen finden Sie unter www.nord-stream.de.

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:

Jens Müller, mobil: +41 79 295 96 08
Irina Vasilyeva, mobil: +7 916 133 87 81

E-Mail: press@nord-stream.com